

Freie Presse

Bezugspreis:

In Lodz und nächster Umgebung wöchentlich 4 Mt. — Pst. und monatlich 16 Mt. Durch die Post bezogen kostet sie 16 Mt. monatlich. Honorare werden nur nach vorheriger Vereinbarung gezahlt.

Eigene Vertreter in: Alexandrow, Bialystok, Chelm, Kalisz, Kowno, Konstantynow, Lipno, Lublin, Minsk, Ostrowiec, Pleszew, Poznan, Radom, Rzeszow, Sandomierz, Siedlce, Tarnobrzeg, Tarnopol, Turek, Wloclawek, Zamosc, Zgierz.

Nr. 84.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 86.

3. Jahrgang

Die Deutsche Schule.

Zur heutigen Elternversammlung.

Die Deutschen in Polen haben allen Grund, Besorgnisse hinsichtlich der Erhaltung ihres Volkstums in dem Lande, das sie seit vielen Jahrzehnten ihre Heimat nennen, zu hegen. Wir haben bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß vielleicht nicht die Warschauer Zentralregierung die Schuld daran trägt, wenn polnische Staatsbürger deutscher Abstammung aus öffentlichen Ämtern verdrängt werden, deutsche Kolonisten eine andere Behandlung über sich ergehen lassen müssen, als die polnischen Landwirte, und vor allem unserer deutschen Schule, die der Grundstein unseres Volkstums ist, eine ernste Gefahr droht; wir haben die Schuld stets den untergeordneten Ortsbehörden zugewiesen und den Versicherungen der Warschauer Regierung Glauben geschenkt, die uns in schönen Worten Toleranz und Gleichberechtigung predigten.

Es liegt im Charakter der Deutschen, daß er, sobald er sich in fremdem Lande befindet, selten eigene, sondern lediglich Staatsinteressen kennt und sein Volkstum oft dem fremden Land zu Liebe aufgibt. Wohin diese Gesinnung führt, haben wir in den letzten anderthalb Jahren erfahren. Die Zahl der Männer, die noch 1914 ihr Volkstum bei jeder sich bietenden Gelegenheit offen bekannnten, ist seit dem November 1918 bedeutend zurückgegangen. Sie schenken sich, für ihr Volkstum einzutreten, ohne zu bedenken, welchen unermesslichen Schaden sie der deutschen Sache dadurch zufügen. Nationale Forderungen ist seit Monaten bei unseren Deutschen zu bemerken, und diese Gleichgültigkeit trägt sicherlich mit dazu bei, daß unsere deutsche Schule in Gefahr ist.

Wir konnten bisher stolz sein auf unsere Schule, konnten uns des stolzen Bewusstseins freuen und die frohe Zuversicht hegen, daß unsere heranwachsende Generation ihre Kinder in demselben Geiste erziehen wird, in dem wir sie erzogen haben oder zu erziehen wünschen. Bauheit und Trägheit haben indessen dazu geführt, daß man uns unsere Rechte schmälern zu können glaubt. Es ist fälschlich, wenn wir auf die Gefahr hin, die der deutschen Schule droht, daß junge Leute abwandern müssen und diese oder jene deutsche Schule verwaist bleibt und schließlich ihre Pforten schließen muß.

In der Stadt Lodz sind die Verhältnisse nicht besser. Die deutsche Bürger-Schule ist aus trotz aller Proteste bereits verloren gegangen. Das deutsche Knaben- und Mädchen-Gymnasium erhält, obwohl Stadtverordneter Pastor Gierhardt die Notwendigkeit der Subventionierung mit allem Nachdruck nachweist, von der Stadt keine Unterstützung mehr, weil eine sozialdemokratische (11) Stadtverordneten-Versammlung es nicht für erforderlich zu halten scheint, daß für die deutsche Minderheit auch eine deutsche Mittelschule besteht.

Haben unsere polenischen Stammesbrüder nicht ähnliche Klagen zu erheben? Der Deutsch-Tumskund zur Wahrung der Minderheitsrechte hat kürzlich an den Staatschef eine Denkschrift gerichtet, in der durchaus berechtigte Klagen vorgebracht werden. Die dortigen Deutschen können auch nach der Ratifizierung des Friedensvertrages nicht die Heberzeugung gewinnen, daß der polnische Staatsbürger deutscher Stammeszugehörigkeit in dem ehemaligen preussischen Teilgebiet sein Recht findet; sie glauben vielmehr, der Deutsch-Tumskund zufolge, daß die Politik der Regierung — oder zum mindesten einzelner Ressorts — auf eine systematische Verdrängung aller deutschen stammigen Existenzen eingestellt ist. Am schwersten treffen die polenischen Deutschen die unverändert gebliebenen, ja in jüngster Zeit vielleicht noch verstärkten Brakitten des Ansehlungsamtes, denn sie bedeuten nichts mehr als nicht weniger als die zielbewusste Landesverwüstung jedes deutschstämmigen Grundbesitzers, insbesondere der durch die preussische Kolonisations-Kommission dort selbst gemachten Bauernschaft. Aber auch die deutschstämmigen Gewerbetreibenden im polenischen werden nicht los zum Vorrat in den Bänken gezwungen. Die ständige Behörde scheint es vergessen zu haben, daß deutscher Fleiß, deutsche Ausdauer und Energie ein Land hochbringen kann. Vielleicht gibt es ihr nur darum, in absehbarer Zeit den Besitz zu bringen zu können, daß der Prozentatz der

deutschen Bevölkerung im polenischen Gebiet von 15—20% auf 11%, gesunken ist. Das wäre eine unkluge Politik!

Schlamm steht es auch nach derselben Denkschrift mit der deutschen Schule in Polen. Trotz der im Minderheitenschutzgesetz garantierten bedeutenden staatlichen Fürsorge auf kultureller Autonomie steht man dort nicht anders als eine Erdrösselung der deutschen Schule. Eine deutsch-evangelische Schule nach der anderen wird polonisiert, mag die polnische Jugend auch noch so gut in den früheren deutsch, jetzt polnisch-katholischen Schulen unterrichtet wird, so ist die Eigentumsrechte der deutsch-evangelischen Schulgemeinden an den von ihnen feinerzeit bereitgestellten Schulgrundstücken und an den von ihnen erbauten Schulhäusern werden nicht beachtet (ganz wie seit uns!), es wird nicht gestattet, die Gebäude weiter zu behalten, um darin — wie es im Minoritätenabkommen ausgedrückt wurde — auf Kosten der Deutschen Unterricht in der deutschen Sprache erteilen zu lassen.

Es mag bei uns. Die Deutschen von hier und dort müssen sich daher zu einem einzigen Protest auf erheben. Das ist ein Gebot der Stunde. Wen mit aller Laune und Gleichgültigkeit! Wir haben das gute Recht, von dem

Staate, dem wir treue Bürger sind, an dessen Wiederaufbau wir nach Kräften mitarbeiten wollen, zu verlangen, daß er unsere Rechte respektiert, sie nicht zu schmälern sucht und uns als gleichberechtigte Bürger behandelt.

Möge die heutige Elternversammlung in der all diese Fragen erörtert werden sollen, uns einig und zur Verteidigung des Schaffens und Bestehens, das wir auf Erbe besitzen — unserer Muttersprache — bereit finden. Mit Freuden begrüßen wir es, daß Vertreter des Deutsch-Tums aus Polen nach Lodz gekommen sind, um auch unsere Mite kennen zu lernen. Wir rufen ihnen ein herzlich willkommen zu. Möge das Band, das uns zu unschließend beglückt, sich immer enger knüpfen, zu unserem eigenen und dem Wohle des polenischen Staates!

H. K. - se

Heute um 1/3 Uhr nachmittags findet die von den deutschen Sejmabgeordneten in Lodz im Konzerthause einberufene deutsche Elternversammlung statt. Sie hat unter den Eltern in Lodz und Umgebung, deren Kinder deutsche Schulen besuchen, beträchtliches Interesse hervorgerufen.

Der Zweck der Versammlung: Besprechung der Maßnahmen, die zur Erhaltung unserer

Muttersprache in unseren Schulen notwendig sind, ist von so großer Tragweite, daß es jedem ohne weiteres klar wird, daß die Teilnahme an der Versammlung für jeden Volksgenossen eine Pflichtsache bedeutet. Wir wollen uns keiner Täuschung hingeben: die Sache der deutschen Schulen in Polen steht schlecht. An uns ist es, alles daran zu setzen, hier eine Wendung zum Guten eintreten zu lassen. Wenn wir selbst aber unsere gute Sache aufgeben, kein Gott wird uns dann beistehen!

In polenischen Land geht uns eine Schule nach der anderen verloren — unsere Sache ist es, immer und immer wieder dagegen Einspruch zu erheben, nicht bei den Ortsbehörden, die unsere gerechte Sache von vornherein mit subjektiven Augen betrachten, sondern vor den maßgebenden Stellen in der Hauptstadt. Wenn die Worte von der Gleichberechtigung aller Bürger Polens keine bloßen Phrasen sind, so wird uns Recht werden. Unsere Stimme muß aber stark klingen, wenn sie Gehör finden soll. Darum darf niemand abseits stehen, wenn heute für die Zukunft des Deutsch-Tums in Polen so schwerwiegende Beschlüsse gefaßt werden.

Jeder, der ein Kind sein eigen nennt, das deutsch bleiben soll, erscheine heute im Konzerthause!

A. K.

Abflauen der Unruhen in Deutschland.

Die Entente und Deutschland.

Sodnowice, 23. März. (Pat.)

Die deutschen Blätter in Oberschlesien berichten, daß die Regierungen der Ententestaaten beschlossen haben, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einzumischen, der Regierung aber auf diplomatischem Wege jedwede Hilfe zukommen zu lassen.

Ruhe in Halle.

Halle, 24. März. (Pat.)

Die Straßenkämpfe hörten hier in der Nacht vom Montag zum Dienstag auf. Die Truppen sind wieder Herren der Situation.

Berlin, 24. März. (Pat.)

Die Minister Braun und Giesbert verhandelten im Ruhrgebiet mit den Führern der dortigen Bewegung. Die Konferenz ist bereits beendet. Es wurde beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die die Bedingungen eines 24stündigen Waffenstillstandes festlegen soll.

Erfolge der „roten Armee“.

Wien, 23. März. (Pat.)

Das W. Kor. Büro bringt aus Essen einen Bericht des Zollinspektors, wonach sich das ganze Industriegebiet in den Händen der Aufständischen befindet. Die rote Armee in der Zahl von 50.000 bis 60.000 Mann, rückt jetzt auf Bielefeld vor. Die Stadt ist noch von der Reichswehr besetzt. Es sind heftige Kämpfe im Gange.

Norddeich, 24. März. (Pat.)

Die Lage im Ruhrgebiet ist sehr ernst. Die Macht befindet sich dort vollkommen in den Händen der Kommunisten, die fieberhaft daran sind, eine starke rote Armee zu bilden. Der Mangel an Lebensmitteln wirkt bedenkend auf die Verschlechterung der Lage ein. Der Stadtrat in Essen teilt wöchentlich nur ein Pfund Brot an ein Elmschloß aus. Die Berliner Regierung kündigt die Minister Giesbert und Braun nach Essen, um mit den Kommunisten zu verhandeln. Die Regierung nützt die Hoffnung, daß die Verhandlungen mit den Kommunisten zu einem günstigen Ergebnis führen werden. Falls es jedoch nicht dazu kommen sollte, steht sich die Regierung verpflichtet, gegen die Aufständischen mit Waffengewalt vorzugehen.

Norddeich, 24. März. (Pat.)

Aus Essen wird gemeldet, daß sich die dortige Arbeiterregierung an Holland mit der Bitte um Lieferung von Lebensmitteln gegen Abgabe von Kohlen gewandt habe. Die

holländische Regierung hat den Vorschlag abgelehnt.

Ein Konflikt in Oberschlesien.

Bentzen, 23. März. (Pat.)

Die deutschen Blätter in Oberschlesien berichten, daß die deutschen Richter die Übernahme der Amtstätigkeit in den neuen Verwaltungsgerichten in Oberschlesien verweigert haben. Sie motivieren dies damit, daß der Kommission nicht das Recht zusteht, derartige Gerichte zu bilden. Diese Frage gewinnt hier immer größeres Interesse. Dem Ausgang des Konflikts steht man allgemein mit Spannung entgegen.

Sejm.

(Sitzung vom 23. März)

Die Sitzung beginnt mit der Berlesung von Interpellationen. Unter diesen befindet sich eine des Abg. W. Dembski über die Haltung der Beamten im Ministerium des Inneren. Die Beamten gehen auf eigene Faust vor, wodurch es schon zu Irrtum zwischen ihnen und den früheren Rabinetten gekommen sei. Auch jetzt besteht eine solche Uneinigkeit. In anderen Staaten würden solche Beamte einfach entlassen werden. Jetzt hätten diese Beamten mit den Kapitalien der drohenden Germanophilen und der Emigranten aus Petersburg einen Umschwung in der Revolution des „Kaiser-Polst“ hervorgerufen. Welche Garantie habe die Regierung, daß ihre Archive sicher aufbewahrt und ihre Anordnungen befolgt werden?

Hierauf gelangt die Frage der Krankenkassen und Fabrikhospitäler zur Besprechung. In der gegen die Wegnahme dieser Spitäler durch die Regierung protestiert wurde. Bezüglich der Krankenkassen wurde hervorgehoben, daß diese nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die anderen Berufsstände eingeführt werden sollten. Weitere Beratungen in dieser Frage werden nach den Osterfeiertagen stattfinden.

Bezüglich der Banhäuser und Wechselstuben erklärte Abg. Adam, es seien in Polen eine Reihe von Banen entstanden, die ein schädliches Börsenspiel betreiben. Sie seien so zahlreich geworden, daß die Regierung sie nicht mehr beaufsichtigen könne. Zwar habe die Regierung der Börsen eine gesündere Basis zu geben, aber dennoch sei es erforderlich, sofort die Frage der Banken und Wechselstuben zu regulieren. Ihre Zahl müsse verringert und das Konfessionsystem auf sie ausgedehnt werden. Die Konfession soll durch hohe Zölle in Gold und durch ebenbürtige Währungsarten erschwert werden. Ferner steht das Gesetz schwere Strafen für alle Ueberschüsse vor.

Das Projekt wird schließlich in 2. und 3. Lesung angenommen.

Hierauf wird das Gesetz über die Abschaffung der Exequien eingebracht. Es steht eine Entschädigung der Bauern für die verloren gegangenen Exequien in der Höhe des ihnen erwachsenden Schadens vor. Nach einigen Diskussionen wird die Verhandlung vertagt.

Ein neuer französischer Gesandter in Polen.

Warschau, 23. März. (Pat.)

Heute überreichte der außerordentliche französische Bevollmächtigte für Polen Herr Hector de Panacien dem Staatschef seine Akkreditationsurkunden, die gleichzeitig seinen Vorgänger, den Gesandten Eugen Pralou von seinem Posten abberufen.

Schischterins Politik.

Warschau, 23. März. (Pat.)

Das „Neue Wiener Journal“ bringt eine funktentelegraphische Nachricht aus Moskau, wonach die Sowjetregierung in Antwort auf die angeblichen rumänischen Note den Vorschlag zur Friedensverhandlung in Warschau, als in der Hauptstadt eines feindlichen Staates, abgelehnt habe. Der Moskauer Funkspruch beruht entweder auf bewußtem oder unbewußtem Mißverständnis. Rumänien hat wahrscheinlich Sowjetrussland davon benachrichtigt, daß es Delegierte zur Konferenz nach Warschau entsandt habe und erst nach dieser Konferenz eine konkrete Antwort auf die Friedensvorschläge der Bolschewiken geben werde. Schischterin verstand oder wollte die Antwort so verstehen, als ob sie auf bevorstehende Friedensverhandlungen in Warschau hinweise. Allenfalls ist daraus zu ersehen, daß die Sowjetregierung es um jeden Preis verhindern will, die Friedensverhandlungen zugleich mit Polen, Rumänien und anderen Staaten zu führen. Sie steht es vor, in Einzelverhandlungen zu treten.

Zips und Arva.

Zeszen, 23. März. (Pat.)

Die internationale Währungs-Kommission erließ ein Communiqué, das die Zweifel in der Frage der Räumung von Zips und Arva durch die tschechischen Truppen beseitigen soll. Es wird darin gesagt, daß die tschechischen Truppen das Abkündigungsgelände Zips und Arva verlassen werden und es von Entente-Truppen besetzt werden wird. Die Verwaltung dieser Gebiete wird bis zum Schluß der Abstimmung von Delegierten der internationalen Kommission übernommen werden. Diese Anordnungen werden so schnell wie möglich durchzuführen sein. Zum Schluß fordert die Kommission die Bevölkerung zur Ruhe und Arbeit zum Wohl dieser Gebiete auf.

Tefchen, 23. März. (Pat.)

Der polnische Verbindungsoffizier bei der internationalen Plebiszitskommission in Tefchen erhielt die offizielle Mitteilung, daß den tschechischen Truppen in Bips und Arva der Befehl erteilt wurde, am 26. d. M. das Abstimmungsgebiet zu räumen.

Der finanzielle Aufbau Europas.

Wien, 23. März. (Pat.)

Das Wiener Korrespondenzbüro meldet aus Berlin: Die „Times“ begründen die Anregung des Vorsitzenden des Bankierverbandes in Rotterdam betreffend Einberufung einer Konferenz der Bankiers sämtlicher Staaten durchs Beratung über den finanziellen Aufbau Europas. Die Fachleute werden rascher eine Lösung der Frage finden als die Politiker und der Völkerbund wird gut tun, dieser Anregung zu folgen.

Totales.

Bodz, den 25. März.

Der heutige Feiertag Die katholische Kirche begeht heute den Tag Maria Verkündigung, der am Andenken an die Ankündigung der Geburt Christi (Lukas 1, 26-38) eingesetzt ist. Es ist als Marienfest in Konstantinopel seit 624, in Rom seit Papst Sergius I. (687-701) bezeugt. Weil der Feiertag biblischen Grund hat, bezieht ihn auch Luther bei; allmählich ist er aber mit den Tagen Maria Reinigung (2. Februar) und Maria Heimsuchung (2. Juli) in der evangelischen Kirche ganz abgenommen oder wird, wenn er doch noch gefeiert wird, auf einen benachbarten Sonntag gelegt. In England und Skandinavien ist der heutige Tag als Mutter-Frauen-Tag bekannt. Im Polenschen gilt der Tag Maria Verkündigung nicht als offizieller Feiertag. Der heutige Feiertag ist ein echter Frühlingsfeiertag. Wie der Volksmund sagt, kehrt an ihm der Storch in sein heimatisches Nest wieder zurück.

Stadtverordnetenversammlung. In der letzten Sitzung am Dienstag erklärte der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Dr. Rosenblatt, daß der Magistrat sich in der Angelegenheit des Leiters der Gesundheitsabteilung Dr. Rozjickiewicz abmühen wird, an den Ärzteverband gewandt habe. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß in dieser Angelegenheit eine Kommission zu wählen, die die etwaige Schuld sowie die Tätigkeit Dr. Rozjickiewicz als Vorsitzender der Gesundheitsabteilung feststellen soll. In diese Kommission wurden gewählt: Remiszewski (P. P. S.), Kern (N. Z. A.) und Schwalbowski als Vertreter der nationalen Volkspartei. Der Vertreter der P. P. S., Stadtverordneter Kapalski, erklärte, daß er an der Wahl eines Vertreters der Stadtverordnetenversammlung in den Wojewodschaftsrat nicht teilnehmen werde. Folgender Antrag der Mehrheit wurde angenommen. Die Organisation einer Selbstverwaltung 2. Instanz in Gestalt des Wojewodschaftsrates beruht auf nichtdemokratischen Grundsätzen. Der Wojewodschaftsrat bildet in der Tat nur eine Versammlung zur Meinungäußerung ohne Recht auf Beschlussfassung und Initiative; sie wird in ihrer Tätigkeit durch den Wojewoden gehemmt werden. Die Stadtverordnetenversammlung protestiert gegen eine solche Organisation und verlangt die Reform des Gesetzes vom 2. August 1919, wobei der Allgemeinheit ein größeres Recht zur Beschlussfassung eingeräumt werden soll. Die Stadtverordnetenversammlung enthält sich der

Große Eltern-Versammlung.

Auf in den Konzertsaal!

ist heute das Lösungswort aller deutschen Eltern, die Kinder in deutschen Schulen haben.

Wir laden die Eltern nochmals zur Teilnahme an der heute um 1/3 Uhr nachmittags stattfindenden Versammlung, auf welcher nur Schulfragen zur Sprache gelangen werden, freundlichst ein.

Die deutschen Sejmabgeordneten.

Wahl eines Delegierten in den Wojewodschaftsrat in Bodz.

Der Antrag des Magistrats auf Aufnahme einer Halbmillionenleihe bei der Regierung, die für öffentliche Arbeiten bestimmt werden soll, wurde angenommen. Ferner wurde über das dem Magistrat zu bewilligende Budgetviertel des Wirtschaftsjahres 1920/21 beraten.

Von der Kreisabteilung. Unter dem Vorsitz des Starosten Remiszewski fand dieser Tage eine Sitzung der Kreisabteilung statt in der u. a. folgende Angelegenheiten erörtert wurden. Nach Kenntnisnahme der höheren Gehaltsforderungen der Gemeindeführer wurde beschlossen, sich über die Befolgung der Schreibe in den Kreisen Łódź, Bydgoszcz und Gniezno zu verständigen. Die vom Kreistag beschlossene Bewilligung von 200 000 M. für Abfuhrkosten wurde wie folgt verteilt: Bydgoszcz 30 000 M., den Rest (170 000 M.) bringen die Gemeinden auf, und zwar zu 1 und 125 M. vom Morgen Land. Der Vorsitzende unterstrich die Notwendigkeit der Bewirtschaftung der Dörländeren angelegte der Łódź, daß 100 Amerikanischen Mehls 2000 M. kosten. Von den 8 Millionen Morgen Doeland in Polen befinden sich sehr viele in Kongresspolen, so u. a. in Konstantynow 500 Morgen und auf einem Gute 700 Morgen. Der landwirtschaftliche Referent des Kreises bemerkte hierzu, daß die Militärbehörden in Zukunft die brackierten Pferde den Landbesitzern im Łódźer Kreise zur Verfügung stellen werde. Sommerweizen werde zur Einsaat befreit werden können. Die Winterkassaten stehen abel.

Eine Delegation der beim Straßenbau beschäftigten Arbeiter verlangte einen Tagelohn von 36 M., den die beim Bau der Bahn Łódź-Kutno beschäftigten Arbeiter auch erhalten. Es wurde den Delegierten genehmigt, daß sobald festgestellt werden wird, daß die Arbeiter der Bahn Łódź-Kutno wirklich 36 M. täglich verdienen, denselben Lohn auch die Chauffeure erhalten werden. In Verbindung damit wurde beschlossen, beim Ministerium für öffentliche Arbeiten zu beantragen, daß der Kreis kommunalverband von der Pflicht der Anstellung von Begehrarbeitern aus schließlich durch Vermittlung des staatlichen Arbeitervermittlungsamts befreit werde.

m. Persönliches Herr Baleski ist aus Bialystok in Łódź eingetroffen, um die Einrichtungen des Stillschandesamtes des Wohnungsamtes und der Finanzabteilung des Magistrats von Łódź zu studieren.

Abermalige Erhöhung der Spirituspreise. Obwohl eine Senkung des Spiritus erst vor kurzem erfolgt ist, steht eine abermalige Erhöhung bevor, so daß sich dann ein Liter auf 90 M. stellen würde.

m. Łódźer bezugsfähige Beamte vor dem Stadtgericht. Das Stadtgericht wird demnächst gegen gewisse Beamte der Bau und Verwaltungsabteilung, die der Veruntreuung angeklagt sind, verhandeln. Den Angeklagten droht die Todesstrafe.

Eröffnung einer Postanstalt in Ruda. Heute, Donnerstag, um 12 Uhr mittags, findet die Einweihung und Eröffnung einer Postabteilung in Ruda-Pabianicka statt.

Die Lohnbewegung in Łódź. Vorgestern fand im Lokale des Berufsverbandes der Textilarbeiter in Łódź, Pustkistr. 11, eine Beratung der Vertreter des genannten Verbandes statt. In Anbetracht dessen, daß die Beschaffung von Lebensmitteln in genügender Menge unmöglich ist, hat die Versammlung beschlossen, neue Löhne festzusetzen und sich dabei nach den Lebensmittelpreisen vom Dezember des vorigen Jahres zu richten. Nachdem die Preise für 26 verschiedene Lebensmittel und Artikel ersten Bedarfs festgestellt waren, beschloß die Versammlung, daß diese Preise seit Dezember bis jetzt um 100 bis 170 Proz. gestiegen sind. Auf Wunsch der Vertreter des Verbandes „Praca“ wurde beschlossen, die Festlegung der Löhne bis zur nächsten Sitzung aufzuschieben.

Gegen die Abänderung der Städteordnung. Wie wir erfahren, wurde auf einer Vorversammlung des Städteverbandes beschlossen, das bestehende Städtewahlrecht mit allen Mitteln zu verteidigen. Im Namen der Łódźer städtischen Behörden übergab Präsident Remiszewski dem Ministerium des Innern eine umfangreiche Denkschrift in Sachen der Städteordnung und des Wahlrechts für die Stadtverordnetenversammlungen.

Diensthabildum Am Freitag, den 26. d. Mts., bezieht der Proturist der Mts. Gf. der Witzjower Baumwoll Manufaktur vorm. Feinzel und Koniger, Herr Edmund Schütz sein 25jähriges Diensthabildum. Den Glückwünschen, die dem Jubililar an seinem Ehrentage zugehen werden, fügt man auch die unfrigen bei.

Vom Ortshilfsausschuß. Der Kassenbericht des Łódźer Ortshilfsausschusses hat für den Monat Februar folgende Einnahmen und Ausgaben aufzuweisen: in bar bleiben vom Januar 3362 Mark zurück, zur Deckung des Januarsbudgets sind bisher 90 000 M. von den Haupthilfsausschüssen eingekommen, ebensoviel auch für den Monat Februar; auch Spenden gingen 2483 M. ein, als Rückgaben verschiedener Institutionen für ärztliche Hilfe 960 M., zusammen 186 805 M. Ausgegeben wurde: für Kinder und andere Anstalten 64 275 Mark, dem Haupthilfsausschuß wurden 52 043 Mark aus den Mitteln der Landesspendensammlung „Rettet die Kinder“ überlassen, für die Abzahlung der Anleihe 5000 M.

ferner wurden für verschiedene Darlehen, in Schiffe und Unterhaltungen an Schülern 1320 Mark ausbezahlt. Die Gehälter und Verwaltungskosten betrugen 5709 Mark. — Zusammen 181 105 Mark für März blieben 58 467 M. zurück. Außerdem verabschiedete der Hilfsausschuß 28 Paare Schuhe, 13 Kleider, 6 Anzüge und 24 Hemden.

Die stellungsplichtigen jungen Männer, die bei der erneuten Musterung durch die Musterungskommission für dienstuntauglich befunden und bis zum 30. März beantragt wurden, ferner alle diejenigen Stellungsplichtigen, deren Stellungstermin bis zum 30. März verlängert worden ist, haben sich laut einer behördlichen Bekanntmachung, nicht am 30. März, sondern am 10. April um 8 Uhr früh im Ergänzungskommando des 28. Rationischen Schützenregiments an der Sienkiewicza 3/5 zu melden.

Rund 1 1/2 Millionen billige Mittagessen im Februar. Im Monat Februar hat das städtische Komitee der billigen Rationen 1 405 200 Mittagessen ausgegeben, davon 523 573 kostenlos. Durchschnittlich wurden täglich 43 455 Mittagessen verabreicht. Die Gesamtausgaben für die Mittagessen und die Verwaltung der Rationen betrugen 433 166,81 Mark.

Bestätigte Baupläne. Von der Bauabteilung des Łódźer Magistrats sind folgende Baupläne bestätigt worden: Schmelzer und Kosner, Bau eines Partierhauses, Glinowastraße 2; Heinrich Stein, Bau einer Kaserne und Wohnanlage, sowie Fabrikwirtschaftsbauten, Lesznostraße 45; M. Schindler, Wirtschaftsbauten, Alte Barockstraße 21; Aktiengesellschaft G. Götter, Bau eines Kühlers anstelle des zerstörten, Dombrowitzstraße 19.

Von der jüdischen Gemeinde. Der Vorstand der jüdischen Gemeinde beschloß, von dem erhaltenen Mehl Mayze zu backen und an die Person 27 Stück für 14 Mark zu verteilen. Personen, die von dem amerikanischen Komitee Mayze erhalten haben, werden von der jüdischen Gemeinde keine mehr bekommen. Frau Moritz Kormanik beabsichtigt die jüdische Gemeinde davon los zu machen und in dem Namen ihrer Familie das Gebäude in der Poladziowastraße 66 zur Unterbringung des Bauhauses der jüdischen Gemeinde vorläufig für ein Jahr zur Verfügung stelle.

Gestohlen wurde: aus dem Laden des Leinwandhändlers (Zawadzkastr. 12) verschiedene Kolonialwaren im Werte von 20 000 M.; aus der Wohnung der Majka Strauch (Dzielnia 38) eine goldene Krawattenkette mit 3 Brillanten für 10 000 M.; ein gewisses B. Gewand (Neue Jägerstr. 43) Wäsche für 10 000 M.; aus einer Wohnung in der S. Lonskastr. 48, in der von russischen Offizieren verschiedene Gegenstände unter der Dohut des Perz Kaluszyner zurückgelassen wurden, wurde ein Teil davon im Werte von 100 000 M. gestohlen; aus der Fabrik der Witzjower Manufaktur 200 Meter Stoff für 16 000 M.; aus der Wohnung der Subla Krumann (Poladziowa 58) Kleidungsstücke für 15 000 M.; dem Schul Krawatz (Dzielniastr. 44) ein elektrischer Motor im Werte von 10 000 M.; aus dem Laden des Jan Zimmermann (Zawadzkastr. 9) durch Herausnahme der Schelbe verschiedene Gegenstände für 8 000 M.; aus der Wohnung des Glas Spielmann (Nowomiejskastr. 11) mittels eines Nachschlüssels verschiedene Gegenstände im Werte von 12 000 M.; aus der Wohnung des Berla Polke (Mierkig 14) verschiedene Gegenstände für 8000 M.; aus der Fabrik Pajzners (Kiełkowskastr. 42) stahlen die Arbeiter Josef Karajew und Antonina Naporka 195 Spulen Garn; aus dem

Der Fluch auf Helmsbrud.

Roman von U. Corony

19 Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Hanni lebte in ihr Wohnzimmer zurück, das sie hinter sich abschloß. Schweigend verließ Erhard das kleine Häuschen und wanderte, von widersprüchlichen Empfindungen beherrscht, mit sich selbst und der Welt völlig gefallen, nach Hause zurück.

Die Familie Schaber saß bereits beim Abendbrot, als Erhard eintrat. Der reiche Steinmetz warf seinem Sohne einen ärgerlichen Blick zu und sagte einige verdrießliche Worte.

„Warum kommst du so spät?“ fragte Erhards Stiefmutter unfreundlich. „Du weißt doch, daß dein Vater auf Pünktlichkeit hält.“

„Vielleicht hat er aus alter Gewohnheit einen Besuch in der Dorfschmiede gemacht!“ rief sein Stiefbruder lachend.

„Ich habe dir keine Rechenschaft darüber abzuliegen!“ fuhr Erhard auf.

„Wohl aber mir!“ rief der Vater mit energischer Stimme. „Ich leide es nicht, daß du dich und uns alle lächerlich machst. Wir sind die reichsten Leute hier im Orte und müssen den anderen mit gutem Beispiel vorangehen. Es paßt sich nicht, daß du der Tochter eines Mörders nachläufst.“

Die Anichten über Erhards Schuld sind geteilt, meinte Erhard. „Wenn es einmal zu einem Wiederaufnahmeverfahren kommen sollte, so wäre es ja nicht ausgeschlossen, daß der Hof schied wieder zu Ehren kommt. Und dann —“

„Du wirst nie der Fall werden!“ unterbrach ihn der Vater höhnisch. „Wenn du so unvernünftig

bin, so wirst du auch nicht, dem Mädchen ein Eheversprechen zu geben, so hat das unter den jetzigen Umständen keine Gültigkeit mehr. Sollte aber das Mädchen deutsch Ansprache an dich stellen, so bin ich nicht abgeneigt, sie mit einer Geldsumme abzufinden.“

„Vater!“ schrie Erhard auf. „Du verleugst Hanns Charakter vollständig, wenn du glaubst, daß sie andere Ansprüche an mich stellen könnte als solche, die sie aus dem Gefühl herleitet.“

„Willst du damit sagen, daß deine Beziehungen zu dem Mädchen torbischen, willst du mir den Gehorsam verweigern?“

Der Steinmetz hatte sich erhoben, und in vorgerückter Haltung trat er dem Sohne gegenüber, in dessen Augen er trotzig aufblitzte.

Aber diese Ausherrschung eines energischen Willens wirkte schnell wieder in Erhard. Von frühesten Kindheit an unbedingte Unterordnung unter dem väterlichen Willen gewöhnt, hatte Erhard auch jetzt nicht die Kraft, für Hanni einzutreten.

Er erbot sich schweigend und suchte sein Zimmer auf.

II. Kapitel.

Das neuvermählte Paar weilte auf der Hochzeitseise. Es änderte auf der Fahrt nach Zerfingungen, gönnte Harald sich und seiner jungen Frau kaum schlafige Momente und Ruhe.

Seine Gedanken und seine Frömmlichkeit waren gewandert, so daß ihn seine junge Gattin oft mit Sorge betrachtete.

Harald überhäufte sie mit Beweisen seiner Liebe und doch wurde ihr oft so unbeschreiblich bange in seiner Nähe, ohne daß sie sich diese sonderbare Ursache zu erklären wußte.

Einmal fähen und traurigen Abschlus fand die

Hochzeitsreise des jungen Paares, als Harald kurz nach seinem Eintreffen in Florenz, wo er mehrere Wochen zu verweilen gedachte, eine Depesche seiner Mutter erhielt:

„Kommt sofort zurück; Vater schwer erkrankt. Keine Stunde zu verlieren!“

Trotzdem Harald bei dem tränklichen Zustand seines Vaters seit Monaten auf eine solche Nachricht gefaßt sein mußte, war er doch völlig niedergebrosen, und Marianna hatte Mühe, ihn anzurichten.

Das Verhältnis zwischen mir und meinem Vater, sagte er traurig, war nicht immer ein so einfaches, und weshalb empfand ich den bevorstehenden Verlust doppelt schmerzhaft. Ich ahnte es, daß die Lust an Helmsbrud meinem Vater vererblich sein würde. Es liegt ein Verhängnis über diesem Schloß, das sich an jeden Besitzer zu klammern scheint. Mir grant davon, wenn ich das Erbe meines Vaters antreten muß.“

Marianna suchte ihm diese düsteren Gedanken, die ihr als eine Eingebung seines überreichten Zustandes erschienen, auszureden, hatte aber damit nicht viel Glück.

„Vielleicht ist die Natur deines Vaters doch widerstandsfähiger, als die Meiste annehmen“, sagte sie tröstend. „Für den Augenblick ist es nur Selbstquälerei, sich nutzlosen Grübeleien hinzugeben.“

Frau Marianna besinnlichte und überwachte alle Vorbereitungen zur Rückkehr, die noch am selben Tage angetreten wurde.

Auf Helmsbrud angelangt, fanden sie den Vater noch lebend, aber bereits in Agonie. Er hatte sich eine Lungenentzündung zugezogen, der sein geschwächter Körper nicht zu widerstehen vermochte, und starb, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

Nun war Harald der Besitzer des Mittelalters Helmsbrud um des großen Rabenauischen Vermögens geworden, aber seine düstere Gemütsstimmung verließ ihn nicht.

Frau Marianna wurde durch diese seelische Depression ihres Gatten sehr beunruhigt.

„Ermanne dich und fasse frischen Lebensmut!“ sagte sie einige Tage nach dem Begräbnis seines Vaters zu Harald. „Dein Schmerz darf nicht so weit gehen, daß du die Pflichten gegen die Lebenden vergißt. Nimm die Verwaltung des Gutes mit Energie in deine Hand und suche in der Arbeit Trost und Beruhigung. Das ist sicher auch im Sinne deines verstorbenen Vaters, der sein ganzes Leben lang kein Kopfschmerz gekannt hat.“

„Ich kann mich mit dem Gedanken nicht vertragen, ein ganzes, volles Trauerjahr in dieser trübseligen Einsamkeit zu verbringen“, sagte Harald verweilend.

„Gesteh mir, daß du deine junge Gattin an.“

„Ruf dir die Einsamkeit nicht gerade jetzt ein Bedauern sein, lieber Harald?“

„Nein“, erwiderte Harald rasch. „Ich habe die Einsamkeit, ich kann sie nicht mehr ertragen. Sie ist mir wie eine Mahnung, an die Schatten des Todes.“

„Ich verstehe dich nicht“, sagte Frau Marianna kopfschüttelnd. „Kann denn zwischen zwei Menschen die so ganz verheiratet sind und einander lieb haben, überhaupt Einsamkeit herrschen? Ich habe das Gefühl, als müßtest du gerade jetzt die Befreiung vom Joch angelehnt empfinden. Die strenge Zurückgezogenheit der Trauerzeit soll dazu beitragen, unser Zusammenleben noch inniger zu gestalten.“

Fortsetzung 28. 31
